

Rede von Horst Raupp, Regionssekretär des DGB Südhessen, auf der Kundgebung des DGB Bergstraße am 1. Mai 2024 in Heppenheim

(es gilt das gesprochene Wort)

Die aktuelle Lage ist herausfordernd. Krisen, Krieg und Inflation haben zum Teil sehr tiefe Spuren in der Gesellschaft hinterlassen, die noch nicht überwunden sind. Viele Menschen sind verunsichert, antidemokratische Kräfte profitieren.

Die massiven Preissteigerungen und der deutliche Anstieg der Energiepreise, ausgelöst durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, treffen vor allem kleine und mittlere Einkommen hart. Die Reallöhne sind trotz guter Tarifabschlüsse der Gewerkschaften gesunken, während gleichzeitig in vielen Branchen Konzerne milliardenschwere Gewinne einfahren.

Unsere Antwort auf diese Herausforderungen heißt: Solidarität.

Ein gutes Beispiel für Solidarität sind die beiden wochenlangen Arbeitskämpfe auf der Autobahn-Raststätte Gräfenhausen in der Nähe von Darmstadt. Dort haben Lkw-Fahrer aus Usbekistan und Georgien erfolgreich gegen Lohndiebstahl und mieseste Arbeitsbedingungen gestreikt. Sie mussten sich sogar gegen Schlägertrupps wehren, die die polnische Großspedition gegen sie mobilisiert hatte. Die Fahrer haben sich ihr ausstehendes Geld erkämpft. Tatkräftig unterstützt wurden sie vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften, von Kirchen und ganz vielen Menschen aus der gesamten Region und weit darüber hinaus. Die Solidarität der Fahrer untereinander und unsere Solidarität mit den Fahrern haben über die ausbeuterische Spedition gesiegt. Unsere Solidarität war stärker. Eine großartige Aktion, die wieder einmal gezeigt hat, wie wichtig Solidarität und starke Gewerkschaften sind.

Wir wissen: Nur gemeinsam und solidarisch können wir erfolgreich für Gerechtigkeit, für ein gutes Leben und für eine bessere Zukunft kämpfen.

Deshalb kommt alles darauf an, dass die Gewerkschaften eine starke Gemeinschaft bleiben, neue Mitglieder gewinnen und stärker werden. Die zahlreichen Neueintritte im letzten Jahr, vor allem von jungen Beschäftigten und Auszubildenden, zeigen sehr deutlich, dass die Gewerkschaften wieder im Aufwind sind. Und das ist gut so!

Mit der neuen Stärke gehen wir in diesem Jahr in Tarifverhandlungen für 12 Millionen Beschäftigte: für mehr Lohn, für Arbeitszeiten, die zum Leben passen und für mehr soziale Sicherheit. Wir bereiten uns auf offensive Tarifrunden vor, denn die Kolleginnen und Kollegen haben deutliche Einkommenserhöhungen im wahrsten Sinne des Wortes verdient!

Das beste Mittel gegen die stark gestiegenen Preise sind deutliche Lohnerhöhungen und eine Ausweitung der Tarifbindung. Mit der Kampagne „Eintreten für die Tarifwende“ wollen wir erreichen, dass mehr Beschäftigte von den Tarifverträgen der Gewerkschaften profitieren. Außerdem muss der Mindestlohn deutlich angehoben werden. Das alles geht nur mit mitgliederstarken Gewerkschaften. Geld fällt nicht vom Himmel.

Wenn Unternehmen wieder einmal lautstark über Fachkräftemangel jammern, dann fragt doch mal zurück: Habt ihr eigentlich einen Tarifvertrag? Es sollte bei den Arbeitgebern längst angekommen sein, dass Tarifverträge Unternehmen attraktiver machen für neue Fachkräfte. Auch deshalb: Tarifwende jetzt!

Extrem schäbig und zutiefst unanständig ist der Versuch von CDU/CSU und FDP, die Bezieh*innen kleiner Einkommen gegen die Bürgergeldempfänger*innen auszuspielen. Kein Beschäftigter hat mehr in der Tasche, wenn das Bürgergeld gekürzt wird. Das Bürgergeld ist eine Grundsicherung, die nicht gekürzt werden kann. Nicht das Bürgergeld ist zu hoch, viele Löhne sind zu niedrig. Und genau da muss angesetzt werden!

Würden alle Firmen Tariflohn zahlen, hätten die Beschäftigten in Deutschland jedes Jahr mehr als 60 Milliarden mehr in der Tasche. Das wäre auch gut für die Renten.

Die Bundesregierung hat erkannt, dass die Politik die Tarifbindung stärken muss. Deshalb hat sie in ihrer Koalitionsvereinbarung zugesagt, ein Bundestariftreuegesetz vorzulegen. Es liegt aber noch immer nicht vor, weil die FDP wie beim Lieferkettengesetz die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung blockiert. Das Gesetz wurde vor einem Jahr versprochen. Es darf nicht länger auf die lange Bank geschoben werden. Die Bundesregierung muss liefern - und zwar jetzt! Wir erwarten ein Tariftreuegesetz ohne Hintertüren, das effektive Kontrollen und Sanktionen vorsieht. Das sage ich ausdrücklich mit Blick auf die FDP. Denn das Hauptproblem der Ampel ist das gelbe Kabel. Ein wirksames Tariftreuegesetz, das in der Koalitionsvereinbarung versprochen wurde, erwarten wir auch von der Hessischen Landesregierung.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge und die Wirtschaftsförderung verbindlich gekoppelt wird an Tariflöhne, gute Arbeit und ökologische Nachhaltigkeit. Kein Steuergeld ohne Standorttreue, kein Geld ohne Beschäftigungsgarantie, kein Geld ohne positive Klimawirkung.

Mit Nachdruck bekennen wir uns zu dem Recht auf Streik. Eine Einschränkung des Streikrechts, wie es von Unternehmerverbänden, Teilen der CDU/CSU und von der FDP wieder einmal gefordert wird, erteilen wir eine klare und deutliche Absage. Das Streikrecht ist ein zentraler Pfeiler der sozialen Demokratie. Es ist das elementarste Recht der Beschäftigten, um ihre berechtigten Forderungen und Interessen gegenüber den Arbeitgebern wirksam zur Geltung zu bringen. Jedes Anti-Streikgesetz ist ein Gesetz gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Tarifautonomie ohne Streikrecht ist nichts anderes als kollektives Betteln. Der frühere sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt hat völlig zu Recht festgestellt: „Es muss auch mal gestreikt werden. Ein Land, in dem nicht gestreikt wird, ist keine Demokratie“. Wir sagen: Hände weg vom Streikrecht! Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden das Recht auf Streik gegen jeden Angriff entschieden verteidigen.

Die Gewerkschaften setzen sich aktiv für die sozial-ökologische Transformation ein. Für eine erfolgreiche Umsetzung müssen Klimaschutz, gute Arbeit und Verteilungsgerechtigkeit aktiv miteinander verbunden werden. Klimaschutz geht nur sozial. Die Transformation darf nicht dem Markt überlassen werden, sie muss politisch gestaltet werden - sozial, ökologisch und demokratisch. Mensch und Klima müssen Vorrang haben vor den Kapital- und Profitinteressen einer kleinen Minderheit.

Es ist höchste Zeit, das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital wieder zugunsten der Beschäftigten zu verschieben. Das geht nur mit mitgliederstarken Gewerkschaften.

Wir brauchen dringend massive Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, in die aktive Gestaltung des sozial-ökologischen Umbaus und in die Beschleunigung der Energie- und der Verkehrswende.

Die Schuldenbremse, die immer mehr zur Investitions- und zur Zukunftsbremse wird, muss grundlegend reformiert werden. Außerdem brauchen wir endlich ein gerechtes Steuersystem. Dazu gehören die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Vermögensabgabe für Überreiche, die Erhöhung der Erbschaftssteuer bei millionen- und milliardenschweren Erbschaften, eine Finanztransaktionssteuer sowie eine Übergewinnsteuer, die die Kriegs- und Krisengewinne konsequent abschöpft.

Die zunehmende soziale Spaltung ist Gift für die Gesellschaft, sie gefährdet die Demokratie. Auch deshalb müssen wir die Verteilungsfrage offensiv angehen.

Linders verfehlte „Sparpolitik“ gefährdet die Zukunftsfähigkeit des Landes, den Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland, sie bremst die dringend notwendige sozial-ökologische Transformation aus und sie gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Am 9. Juni wird das neue europäische Parlament gewählt. Wir rufen dazu auf, für Europa und für die Demokratie zu stimmen - und gegen die Demokratiefeinde von rechts, die das vereinte Europa und die Demokratie am liebsten abschaffen wollen. Ein Rückfall in den Nationalismus bedroht auch das europäische Friedensprojekt. Wir stehen für ein starkes Europa, das solidarisch zusammensteht und sich international für eine faire Globalisierung und für eine dauerhaft stabile Friedens- und Sicherheitsordnung stark macht.

Von Rechtsaußen haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nichts zu erwarten. Die AfD ist eine aggressiv marktradikale, eine zutiefst unsoziale, arbeitnehmer*innen- und gewerkschaftsfeindliche Partei, die die Menschenwürde mit Füßen tritt. Wer AfD wählt, wählt Arbeitnehmerrechte ab. Die AfD ist nicht der Freund, sondern der Feind der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die AfD will die Belegschaften spalten und das nutzt nur der Arbeitgeberseite. Die AfD steht klar für eine Umverteilung von unten nach oben und will Steuergeschenke für Reiche und Superreiche, sie will die Mietprelsbremse verhindern, sie ist gegen die Erhöhung des Mindestlohns, gegen die Ausweitung der Tarifbindung, gegen höhere gesetzliche Renten und für eine private Absicherung, von der die privaten Versicherungskonzerne profitieren.

Es ist ein starkes Signal, dass in Deutschland in den letzten Monaten fast vier Millionen Menschen für die Demokratie und gegen die Bedrohung von rechts auf die Straße gegangen sind. Das ist die größte Mobilisierung in der Protestgeschichte der Bundesrepublik! Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften waren aktiv dabei, auch hier in Südhessen. Darauf können wir stolz sein und darauf können wir aufbauen.

Unser zentrales Ziel bei der Europawahl ist es, den Rechtsruck in Deutschland und in Europa zu stoppen. Deshalb ist es wichtig, dass am 9. Juni möglichst viele Menschen ihr Wahlrecht nutzen, zur Wahl gehen und demokratisch wählen. Sprecht mit euren Kollg*innen im Betrieb, euren Freund*innen und Nachbarn und motiviert sie, ebenfalls wählen zu gehen, für Demokratie und Menschenrechte, gegen Faschismus und Menschenverachtung. Jede Stimme zählt.

Wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wissen: Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten.

Ein soziales Europa kann niemals ein rechtes Europa sein.

Ein soziales Europa ist immer ein antifaschistisches Europa.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

In diesem Sinne:

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Diktatur! Nie wieder Krieg!

Nie wieder ist jetzt!